

Ist Professor Papalekas überhaupt Professor?

Bafög-Anträge

Anträge für Weiterförderung unbedingte bis 31. 12. 1971 stellen.

Erstanträge, die nach dem 31. 12. gestellt werden, erhalten die Förderung nicht mehr rückwirkend ab 1. Oktober 1971.

16. 12.

1971



10 Pf

Nr. 87

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Trotz intensivster Nachforschungen des Fachschaftsrat SoWi und des „Wohlfahrtsausschusses“ war es bisher nicht möglich, die Habilitationsschrift von Herrn Papalekas zu Gesicht zu bekommen. Wer sie schon einmal gesehen hat, wende sich vertrauensvoll an den FR oder die BSZ-Redaktion, wo sachdienliche Hinweise gerne entgegengenommen werden. Auf S. 3 findet Ihr den bisher unbeantwortet gebliebenen Brief des FR an den genannten Herrn. Zusätzlich das große BSZ-Weihnachtspreisausschreiben.

Solidarität mit Fritz Pasierbsky

Großes RUB-Adventsquiz

Auflösung Donnerstag, 16. 12. 1971, 14.30 Uhr, in HZO 20

Quiz Nr. 1:

Der Student Fritz Pasierbsky bekommt 1966 von Prof. Grimm als Dissertationsthema vorgeschlagen, die „Stilistik Mao Tsetungs“ zu untersuchen. Prof. Hoffmann (Sprache und Literatur Chinas) erklärt sich 1967 bereit, die Arbeit in seine Zuständigkeit zu übernehmen, anstatt aber konkrete Vorschläge zu machen, wie man das Thema bearbeiten könnte, hält er nur an einer undefinierbaren Skepsis fest und sagt zu dem Studenten:

„Wie wollen Sie das denn machen? Das können nicht einmal die Chinesen!“

Als der Student 1969 die Dissertation in selbständiger Arbeit weit-

gehend fertiggestellt hat und er Prof. Hoffmann auf konkrete Probleme der Arbeit anspricht, schlägt dieser vor, lieber die chinesische Finalartikel „yi“ zu untersuchen. Der Student reicht im April 1969 bei Prof. Hoffmann die Arbeit mit dem nun konkretisierten Titel „Zur Politsprache im modernen China, Sprache-Denken-Wirklichkeit bei Mao Tsetung“ ein. Am 30. Mai 1969 entgegnet Prof. Hoffmann auf eine Anfrage des Studenten, ob er die Arbeit schon gelesen habe: „Wir (?) können Ihre Arbeit leider nicht annehmen.“

Nach der Begründung gefragt meint Prof. Hoffmann, die Arbeit ginge in ihrer Thematik und Methodik über das hinaus, was sonst an der Abteilung gemacht werde (nämlich kommentierte Übersetzungen) und bringe nichts Neues. Prof. Hoffmann schlägt vor, die Dissertation in den USA bei Herrn Morris (dessen 30 Jahre altes Werk war in der Dissertation erwähnt worden) oder in Ostberlin (in der Dissertation finden sich mehrere Zitate von Georg Klaus) unterzubringen, er wolle gern ein Empfehlungsschreiben mitschicken.

Im Juni 1969 spricht der Student mit Prof. Lewin (Sprache und Literatur Japans), dem Prof. Hoffmann die Arbeit zur Stellungnahme vorgelegt hat. Prof. Lewin: „Im großen und ganzen bin ich der Meinung, daß die Arbeit als Dissertationsleistung ausreicht ... Wir werfen Ihnen eben nur vor, daß Sie sich bei der Ausarbeitung der Dissertation nicht von einem Hochschullehrer beraten lassen.“

Später mit Prof. Hoffmann konfrontiert, der seinen Widerwillen gegen diese Arbeit deutlich zeigt, „neutralisiert“ Prof. Lewin seine positive Stellungnahme über die Möglichkeit, die Arbeit anzunehmen: „Nun ja, es ist natürlich möglich, daß ich etwas Derartiges gesagt habe, aber an etwas Genaueres kann ich mich nicht mehr erinnern.“

Prof. Hoffmann verlangt einen auswärtigen Gutachter. Als dieser gefunden ist, weicht Prof. Hoffmann aus: Dieser Gutachter „ist doch kein Hochschullehrer. Es ist besser, wenn wir die Arbeit seinem Ordinarius Prof. Lübke zur Begutachtung vorlegen.“

Die Arbeit geht schließlich auf vielen Umwegen an Prof. Lübke und bleibt dort ein halbes Jahr liegen. Schließlich schreibt dieser doch ein Gutachten, kritisiert aber, die Arbeit enthalte zu wenig Literatur aus den USA und zu viel aus Ostberlin. Am 26. Mai 1970 promoviert der Student bei Prof. Grimm mit der Gesamtnote „magna cum laude“.

Prof. Grimm besorgt daraufhin unter dem Eindruck der guten Prüfungsleistungen für Fritz Pasierbsky eine Stelle als Wiss. Angest. Fragen (die richtige Antwort ankreuzen):

1. Wieviel Monate vergingen von der Abgabe der Dissertation bis zu ihrer Annahme (Promotion)?
... 1 Monat
... 6 Monate
... 13 Monate

2. Welcher Hochschullehrer war nach Ihrer Meinung für die Dissertation verantwortlich?
... Prof. Hoffmann
... Prof. Grimm
... Prof. Lewin
... Prof. Lübke
... sonstige
3. Wessen Verhaltensweise erinnern an den später gegründeten „Bund Freiheit der Wissenschaft“?
... Prof. Hoffmanns
... Prof. Grimms
... Prof. Lewins
... Prof. Lübkes
4. Aus welchen Gründen geschah die verzögerliche Behandlung der Dissertation?
... fachliche Gründe
... persönliche Gründe
... politische Gründe

Quiz Nr. 2:

Der Abteilungsrat der Ostasienwissenschaften beschließt am 27. 7. 1970 einstimmig die Erteilung eines Lehrauftrags über „Einführung in die chinesische Sprachwissenschaft“ für Herrn Pasierbsky. Im Okt. 1970 wirft Prof. Lewin ihm vor, es sei vermessend, wenn ein so junger Wissenschaftler, der eben erst promoviert habe, eigenmächtig Lehrveranstaltungen ankündige.

Am 13. 10. 70 schreibt Prof. Hoffmann dem Dekan einen Brief, in dem er ultimativ eine von ihm gewünschte Umänderung der Lehrveranstaltung verlangt.

Der Abteilungsrat beschließt am 29. 4. 71, die chinesischen Sprachkurse ab WS 71/72 Herrn Pasierbsky zu übertragen, da Prof. Hoffmann sich aus dem Sprachunterricht zurückziehen wolle.

Im Sept. 1971 beantragt der Dekan beim Rektor 2 Wiss. Angest. Stellen, um den Sprachunterricht im Sinne des Abteilungsratsbeschlusses sicherzustellen. Im Okt.

1971 schreibt Prof. Hoffmann einen persönlichen Brief an den Rektor, in dem er darauf hinweist, er (Hoffmann) sei durchaus in der Lage, den Sprachunterricht auch weiterhin selbst zu führen, damit seien die beantragten Stellen überflüssig. Herrn Pasierbsky wird daraufhin ein Arbeitsvertrag mit Zusatzklauseln zur Unterschrift vorgelegt, in dem er sich verpflichten soll, den in zweifelsfrei begonnenen und auf 2 Semestern angesetzten Sprachkurs innerhalb von 6 Wochen (!) abzuwickeln. In dem Arbeitsvertrag heißt es weiterhin: „Eine Weiterbeschäftigung über den 31. 12. 1971 hinaus aus Haushaltsmitteln der Universität ist auf keinen Fall möglich.“

Die sogen. „Innere Fakultät“ der Abteilung für Ostasienwissenschaften, eine Vereinigung reaktionärer Hochschullehrer, hat inzwischen ohne jede Rechtsgrundlage beschlossen, sämtliche Lehrveranstaltungen von Herrn Pasierbsky sofort zu stoppen und ihn aus dem Vorlesungsverzeichnis zu streichen.

Am 10. 12. 71 forderten Studenten der AOW in einem Go-in Prof. Hoffmann auf, Gründe dafür zu nennen, warum er die Lehrveranstaltungen von Herrn Pasierbsky boykottiere. Prof. Hoffmann blieb die Antwort schuldig.

Fragen:

1. Wer ist den Beschlüssen des Abteilungsrates in den Rücken gefallen?
... Prof. Hoffmann
... Prof. Lewin
2. Was sollte Herr Pasierbsky nach Ihrer Meinung tun? Den Arbeitsvertrag unterschreiben? ... ja ... nein
Resignieren und sich den Hochschullehrern unterwerfen? ... ja ... nein
Die solidarische Unterstützung der politischen Hochschulgruppen suchen? ... ja ... nein
3. Sind die von Hochschullehrern der AOW gegen Herrn Pasierbsky Lehrveranstaltungen ergriffenen Maßnahmen ... persönlich motivierte Akte? ... Teile einer umfassenden Hochschulreformierung?

Fortsetzung auf Seite 3

Staatshochbauamt - Aktion unnötig?

Die geplante demonstrative „Besetzung“ des Staatshochbauamtes am vergangenen Mittwoch fand leider nicht in den geheizten Räumen des Gebäudes, sondern in winterlicher Kälte vor selbigen statt. Anscheinend war die Angst vor den 200 Studenten, die sich dort eingefunden hatten, außerordentlich groß: ... Das Staatshochbauamt war total verbarrikadiert, die Angestellten in der neben dem Hauptgebäude stehenden Baracke hatte man vorsorglich eingeschlossen, sieben Mannschaftswagen der Polizei standen einsatzbereit auf dem Parkplatz, die Mitarbeiter des StHBA drängelten sich auf den Logenplätzen an Fenstern und Balkons, um das „furchterregende“ Schauspiel des studentischen Besetzungsversuches zu genießen, das nicht nur von der Presse, sondern vorsorglich auch vom K 14 auf die Platte gebannt wurde. Als „Unterhändler“ fungierte hinter der gläsernen Drehtür der unmittelbare Befehlsempfänger und -ausführer des Staatshochbauamtschefs Bierwirth, Herr Schrader.

Warum wurden diese enormen Vorsichtsmaßnahmen getroffen? Anscheinend hat man das Ziel unserer Aktion nicht verstanden (obwohl mehrmals ausdrücklich bekanntgegeben).

Die „Besetzung“ sollte ein rein demonstrativer Akt sein, um der Forderung nach Ausbau des StHBA's zum Studentenwohnheim mehr Druck zu verleihen. Dies

nanzministers bezüglich Hereths Aussage.)

Ob wir das Ziel der kurzfristigen Schaffung von 400 Studentenwohnheimplätzen — das wir natürlich weiterhin nachdrücklich verfolgen werden — erreichen, bleibt abzuwarten. Was aber zu betonen bleibt, ist, daß das Hauptziel unserer Aktion anscheinend völlig verkannt wurde. Der AstA und die Projektgruppe Wohnen haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Aufgabe — neben der Erschließung kurzfristiger Lösungsmöglichkeiten — darin sehen, ein längerfristiges Konzept für den Kampf gegen die Wohnungsmisere zu entwickeln und die eigentlichen Ursachen dieser Misere zu analysieren und zu vermitteln.

So haben wir auch ganz klar gesagt, daß die „Besetzung“ des StHBA's lediglich ein demonstrativer Akt sein sollte, der in Form eines teach-in's zur Wohnungsmisere unten im StHBA's-Gebäude stattfinden sollte.

Wir wollten dieses teach-in zusammen mit den Mitarbeitern des StHBA's durchführen, um zu vermitteln, daß sich die Aktion nicht gegen sie oder die Universität richtet, um — wie schon betont — die Hintergründe der Wohnungsmisere aufzudecken und damit gleichzeitig aufzuzeigen, daß die studentische Wohnsituation nur im Rahmen einer die gesamte Bevölkerung betreffenden Wohnungsmisere zu sehen ist und daher auch nicht isoliert — ständisch — zu bekämpfen ist.

Dieses teach-in durchzuführen, wurde uns verweigert. Statt dessen versuchte Herr Schrader ständig, uns zu verarschen, indem er wiederholt anbot, eine dreiköpfige Studentendelegation zu Verhandlungen mit Herrn Bierwirth hereinzulassen, dieser dann aber — als sie sich zu diesem Kompromiß bereit erklärte — die Tür nicht aufmachte.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch der Brief zu verstehen, den wir am Abend nach der

Aktion noch durch einen „fliegenden Boten“ erhielten und den wir Euch nicht vorenthalten möchten:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

1. Ich habe Verständnis für Ihre Situation.
2. Was zu sagen war, habe ich mit Ihrer Sprecherin — Fr. Adameit — besprochen.
3. Was von mir aus getan werden konnte, ist geschehen.

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs-
und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

4. Ein Termin am 15. 12. 1971 ist Ihnen beim Herrn Wissenschaftsminister eingeräumt worden.
5. Zu weiteren Gesprächen bin ich nach dem vorgenannten Termin bereit.
6. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich nicht nicht als Erpresser bezeichnen lasse, nach dem, was die Bauleute für Sie getan haben.
7. Sollte ich weiter beim Aufbau der Ruhr-Universität Bochum gestört werden, so werde ich die Baustelle stilllegen.

Ich bedauere, daß Sie meiner Einladung zu einem Gespräch erneut nicht gefolgt sind.

Durchschriften dieses Schreibens habe ich dem Herrn Rektor und Herrn Kanzler der Ruhr-Universität Bochum zugeleitet.

Mit freundlichem Gruß
gez. Bierwirth

Fortsetzung auf Seite 2



Ziel zumindest scheint auch (hoffentlich) erreicht worden zu sein. Nicht umsonst hatte man es unheimlich eilig mit den Bemühungen um eine friedliche Lösung. Dabei kamen die Aktivitäten des Parlamentarier Hereth und des Herrn Löhr von der „Aktion bessere Huzstadt“ (die wir durchaus als positiv anerkennen wollen) sehr gelegen, die sich schon seit einiger Zeit darum bemüht hatten, eine räumliche Alternative für das StHBA ausfindig zu machen.

Am Abend vor der angekündigten Besetzung fand man auch ein Gebäude in der Stadt (Nord-Süd-Halle), das für das StHBA geeignet erschien. Am nächsten Tag eilte dann der Parlamentarier Hereth nach Düsseldorf, um die Genehmigung des Finanzministeriums für die notwendigen Umbauten einzuholen, die angeblich auch erteilt wurde, wie Hereth — eilig mit einem Taxi aus Düsseldorf angeeilt — den schon vor dem StHBA versammelten Studenten freudestrahlend mitteilte mit der Bemerkung, daß unsere Aktion ja wohl nicht mehr nötig sei und mit der Erwartung, daß wir dann wohl alle befriedigt wieder nach Hause gehen würden.

Sowohl die bürgerliche Presse als auch die BSU (wie kann es anders sein) fielen natürlich prompt auf derartige Beschwichtigungsversuche herein. Dabei gibt es bisher weder eine definitive Zusage seitens des StHBA's noch seitens des Ministeriums. (Man hört sogar gerüchtweise von Dementi des Fi-



STUDIO: AUS DER SCHATZTRUHE
Donnerstags 15.30, 18.00, 20.30 Uhr
16. 12.: MIKE NICHOL'S CATCH 22
23. 12.: Erstaufführung: KUNIGIN FÜR
1000 TAGE mit Richard Burton
Regie: CHARLES JARROTT

CAPITOL: ACTION AUSLESE
Donnerstags 15.15, 17.45, 20.15 Uhr
16. 12.: DIE RECHTE UND DIE LINKE
HAND DES TEUELS
mit Terence Hill u. Bud Spencer
23. 12.: MERCENARIO, DER GEFÜRCHTETE
mit FRANCO NERO
Regie: SERGIO CORBUCCI

Erste Sitzung des neuen UP

Am Donnerstag, dem 9. 12., trat erstmals das 3. Universitätsparlament zusammen. Tagesordnung: Wahl des UP-Präsidenten, Einsetzung verschiedener Ausschüsse und Bestätigung der Beschlüsse des Hauptausschusses des letzten UP. Vor der Einschätzung dieses neuen UP kurz Allgemeines zur Funktion von Gremien.

Funktion von Gremien

Da im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus ebenso wie in anderen Bereichen auch im Hochschulwesen ein Zwang zur Zentralisierung von Entscheidungen bei Land und Bund entsteht (s. AstA-Info zum Hochschulrahmengesetz), muß man zunächst fragen, welche objektive Funktion universitäre Selbstverwaltungsgremien (die ja auf den ersten Blick eine Dezentralisierung von Entscheidungen darstellen) zu erfüllen haben.

Erstes Merkmal ist eine faktische Kompetenzlosigkeit. In der Verfassung der RUB ist das erreicht durch ein sog. „Zweikammersystem“, wo der Senat (ähnlich wie der Bundesrat) vom UP gefaßte Entscheidungen abblocken kann. Die Installation solcher Mechanismen ist die Voraussetzung dafür, daß dem UP dann verbal Kompetenzen zugestanden werden, wie sie etwa in Artikel 20 der RUB-Verfassung niedergelegt sind.

Zweitens ist die integrative Funktion von Mitbestimmungsgremien zu nennen. Beispielsweise werden Forderungen, die mit der Illusion in das UP gebracht werden, man könne sie dort durchsetzen, im

UP aufgefangen; das hat den Effekt, daß man bei Nichtdurchsetzung seiner Forderungen meint, man sei eben im Prozeß der „demokratischen Entscheidungsfindung“ unterlegen, während es in Wirklichkeit den Herrschenden nicht darum geht, solche Entscheidungen die Betroffenen selbst suchen zu lassen, sondern eigene Entscheidungen durch irgendwelche „demokratischen Gremien“ sanktionieren zu lassen.

Drittens hängt damit zusammen, daß sich in der auf parlamentarische Entscheidungsmechanismen fixierten Öffentlichkeit eigentlich zentral bereits getroffene Entscheidungen sehr viel besser „verkaufen“ lassen, wenn scheinbar irgend ein Mitbestimmungsgremium sie gefaßt hat.

Zum 3. UP

Im neuen UP zeigt sich ein Auftreten der von Prof. Ewald ferngesteuerten Kohlenkellerkinder (KKK) in der studentischen Fraktion, daß eine Gruppe von Studenten herangezogen wird, die bereit ist, die oben angedeutete Legitimationsfunktion objektiv zu übernehmen, ganz abgesehen davon, was diese Leute sich subjektiv von der UP-Arbeit erhoffen.

In der Wahl des UP-Präsidenten äußerten sich erstmals die Mehrheitsverhältnisse. Mit 44:26 Stimmen wurde Graher, bekannt u. a. durch seine restriktive Verhandlungsführung beim Besuch des Wissenschaftsrates, wo er versuchte, studentische und assistentische Kritik zu unterbinden, wiedergewählt gegen Niethammer (Assistent in Abteilung IV).

- Weitere Beschlüsse:
1. Stellvertretende UP-Präsidenten: Kauffmann (Prof.), Hanke (Personal), Ladewig (KKK).
 2. Rektorstimmkreis: 5 Profs, 2 Assistenten, 2 Studenten, 1 Personal.
 3. Wahlprüfungsausschuß: 2 Mitglieder von jeder Gruppe.
- Die Beschlüsse des Hauptausschusses wurden nicht (!) genehmigt; Verweis auf TOP 1 der nächsten Sitzung.

Unsere Forderungen können wir nur durchsetzen durch die Arbeit in den Abteilungen; und dort ebenfalls nicht in Gremien, sondern mit den Studenten durch Ansatz an den dort zutage tretenden materiellen Interessen und der Kritik an den bürgerlichen Studieninhalten. Deshalb: Organisiert Euch in den Abteilungen! Organisiert Vorlesungskritiken! Organisiert eigene Veranstaltungen, die die bürgerliche Ideologie entlarven!



Ja, ja, Knecht Ruprecht: Einst, als wir jung waren, waren alle Glieder gelenkig, nur eins nicht; jetzt, da wir alt sind, sind alle Glieder steif, nur eins nicht.

Der SHB fraktioniert sich

Auf der 12. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) in Bonn beschloß die Sozialistische Fraktion (der auch die Bochumer Gruppe angehört), ihre Arbeit im Gesamtverband aufzukündigen und eine intensive eigene Fraktionsarbeit einzuleiten sowie eigene Führungs- und Entscheidungsgremien zu wählen.

Auf der Koblenzer BDV hatte die Kontroverse um das vds-Programm Ansätze einer stärkeren Fraktionierung im SHB eingeleitet. Während der Lehdorff-Flügel im wesentlichen eine vom Spartakus nicht unterscheidbare Position einnahm (z. B. unreflektierte Übernahme betrieblicher Kampfmethoden im Konzept der „gewerkschaftlichen Orientierung“), erschöpfte sich die andere Fraktion um Bochum, Göttingen, Hannover etc. zunächst darin, die vom Lehdorff-Flügel vertretene enge theoretische und praktische Bindung an den Spartakus abzulehnen.

Daß diese Fraktion es nicht vermochte, dialektisch ihre Theorie und Praxis weiterzuentwickeln, ist daran nachzuweisen, daß heute noch die Strategie der „gewerkschaftlichen Orientierung“ (als Strategie, nicht nur als Ansatz) des antimonopolistischen Kampfes vertreten wird, die u. a. eine gewisse Neutralität des Staates unterstellt, über den die Arbeiterklasse im Kapitalismus (!) die Macht erringen kann.

Die Unfähigkeit der Spartakusfraktion, andere theoretische Ansätze überhaupt nur zu diskutieren, äußerte sich zum einen beispielsweise darin, daß bei der Göttinger BDV die von der sozialistischen Fraktion geforderte Diskussion um die „sozialistischen Staaten (wobei auf das Lenin'sche Parteikonzept und das Verhältnis Avantgarde-Masse einzugehen wäre) per GO abgezwängt wurde, und zum anderen in der Tatsache, daß die Mitglieder der sozialistischen Fraktion beispielsweise — ohne auf deren theoretische Ansätze einzugehen —

als Esoteriker, praxisferne Theoretiker, Seminararisten, Katheder-sozialisten etc. diffamiert wurden.

Der drohende Namensentzug

Zu dieser innerverbandlichen Auseinandersetzung kam hinzu, daß die SPD aufgrund der Parteiratbeschlüsse die Linksentwicklung „ihres“ Studentenverbandes mit „Besorgnis“ betrachtete. Diese Besorgnis gilt — laut dem sog. „Jansen-Papier“ — für beide Fraktionen gleichermaßen, als Mittel erwägt die SPD den Entzug des Namens Sozialdemokratischer Hochschulbund.

Sieht die Spartakusfraktion durch den Entzug des Namens ihre künftige Wählerbasis und damit Steigbügelhalterrolle für den Spartakus gefährdet und will sogar mit Hilfe der bürgerlichen Justiz um den Namen kämpfen, ist die sozialistische Fraktion der Meinung, daß ein juristischer Erfolg (Beibehaltung des „sozialdemokratisch“) mit Sicherheit einen Unvereinbarkeitsbeschluß herbeiführen wird, der die Arbeitsmöglichkeiten an der SPD-Basis total einschränkt.

Die Spartakusfraktion, die ihre Aufgabe im wesentlichen darin sieht, Teile der SPD für die DKP bundnisfähig zu machen, hat nun seit der Zeit, wo der Namensentzug ins Gespräch kam, einen Opportunismus gegenüber der SPD entwickelt, der gipfelt in einem Angebot, die SPD 1973 bei den Wahlen zu unterstützen.

Die BDV

In der Konzeption dieser BDV, die auch die SPD mit Interesse betrachtete, um ihre Entscheidung bezüglich des Namensentzuges fällen zu können, manifestierte sich wieder der Unterschied zwischen den zwei Fraktionen.

Die sozialistische Fraktion wollte nach dem Prinzip „Klarheit vor Einheit“ eine Arbeits-BDV abhalten, um nach Diskussion der theoretischen und praktischen Ansätze eine Stärkung der eigenständigen Position des SHB zu erreichen; dagegen wollte die Spartakusfraktion im Rahmen einer Demonstration-BDV zeigen, daß sie ja eigentlich die richtige, recht verstandene Sozialdemokratie repräsentiere.

Eine erste Kontroverse zwischen den zwei Fraktionen gab es bei der Formulierung des für den 4. 12. abends vorgesehenen Tagesordnungspunktes. Die sozialistische Fraktion schlug vor, „Verhältnis des SHB zu Organisationen der Arbeiterklasse“, die Spartakus-Frak-

sollte sich mal überlegen, was dürrtiger aussieht: ein ausgesperrter Schwuler oder ein Opportunist ohne das kleinste bißchen Courage. Erledigt. Möge er Trost finden in seinem Glauben.

Wir Schwulen sind gegen das Getto. Aber es sieht so aus, als müßten wir dahin zurück. Man weigert sich neuerdings an dieser Universität, zu drucken, was wir fabrizieren. Natürlich, wie immer, formale Argumente. Was immer ging, geht plötzlich nicht mehr. Und was früher nicht ging, wird auch in Zukunft nicht gehen.

Herr Professor Dachs (Astronomie) macht sich im Senat Sorgen um die Studenten, die noch keine einundzwanzig sind und nach dem Gesetz nicht schwul sein dürfen.

Ich kann dem Senat folgendes dazu erzählen:

Ich bin gefährlich. Ich könnte nämlich auch einen kleinen Bruder haben, der noch keine einundzwanzig, aber ständigen Kontakt mit mir ausgesetzt ist. Ich könnte, wenn ich nicht Student wäre, die Lehrlinge an meinem Arbeitsplatz mit Schokolade und guten Worten zu mir nach Hause locken. Ich war im Fußballverein. Auch da war ich eine Gefahr. Ich könnte verheiratet sein (auch Schwule sind das manchmal) und Kinder haben, über die ich herfalle. Ich könnte das alles tun. Aber gottseidank gibt es ja so aufmerksame Normenkontrollreue wie Herrn Dachs, die darüber wachen, daß anderen nicht passiert, was ihnen ganz bestimmt nicht passiert. Verführt zu werden nämlich. Derjenige, dessen eigene Sexualität problemlos und ausgeglichen funktioniert, wird am tolerantesten anderen sexuellen Varianten gegenüber sein. Am wenigsten wird er sich gegen „normabweichendes“ Verhalten wenden, der selbst latent von der Norm abweicht.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß dieser Satz mir nur so dazwischengerutscht ist und daß mir nichts ferner liegt, als Herrn Professor Dachs, der sicher brav jeden Abend Sterne zählt, irgendetwas nachzusagen. Noch einmal: Herr Dachs sorgt sich nur, und dafür sollte man Verständnis haben.

Im übrigen können sich Dachs und Dachsgleichen darauf verlassen, daß wir im Zeitalter der Raumfahrt und nicht dem der Soziologie oder gar Humanität leben. Das Schicksal von zwei oder drei Millionen Schwulen in der BRD ist sicher immer noch von geringerem Interesse als die Objekte, denen Dachsens Fernrohr sonst nachspürt.

K. O. Bauer für HAG

3x in Nähe der Uni

SPARKASSE

Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 70 10 15

SPARKASSE

Universität, Buscheystraße 132 Tel. 70 16 74

SPARKASSE

Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 7 39 72

- in Ihrer Nähe -

tion (um einer DKP-Diskussion aus dem Wege zu gehen) „Verhältnis des SHB zur SPD und den Gewerkschaften“.

Der zweite Vorschlag siegte in der Abstimmung; das Verhältnis von Spartakus zu sozialistischer Fraktion betrug etwa 60:40%.

In ihre entscheidende Phase trat die BDV am Samstagabend (4. 12.), als die sozialistische Fraktion eine Diskussion über die eigenständige, einen eigenen Verband rechtfertigende strategische Position der Spartakusfraktion erzwang, die enthalten sollte eine — seit einhalb Jahren schon ausstehende — Abgrenzung zur inhaltlichen Position des Spartakus und eine Stellungnahme zum „realen Sozialismus“.

Beides wurde von der anderen Fraktion nicht geleistet. Als Abgrenzung zu anderen Organisationen wurde lediglich folgendes gefragt:

„Der SHB geht im Unterschied zu allen anderen politischen Hochschulgruppen theoretisch und praktisch davon aus, daß der sozialdemokratischen Bewegung in allen gegenwärtigen und zukünftigen Auseinandersetzungen um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, um Demokratie und Sozialismus eine entscheidende Rolle zukommt.“

Studentische Literatur

KUNST & BÜCHER SCHEUNE

Lennerhofstraße 156 hinter der alten Mensa

Staatshochbauamt Aktion unnötig?

Fortsetzung von Seite 1
Anmerkungen zu diesem Brief:
Zu 6): Drohung des Herrn Bierwirth am Telefon (Mittwochmorgen): Er wolle nichts mehr für die Schaffung studentischen Wohnraums im StHBA tun, wenn wir unsere Aktion nicht unverzüglich abbliesen, worauf ich zu erwidern wagte, das könne man leicht auch als Erpressung auffassen.

Mein Nicht-Folgen der Einladung des Herrn Bierwirth zu einem Gespräch resultierte — wie oben schon dargestellt — daraus, daß man mich gar nicht ins StHBA hereingelassen hat und Herr Bierwirth auch nicht herauskommen wollte.

Wie soll die „Aktion StHBA“ weitergehen?

Der ASIA und die Projektgruppe Wohnen haben einen Brief an Universität, Staatshochbauamt und Finanzministerium geschrieben mit der Forderung nach einer definitiven Zusage für den Ausbau des StHBA zum Studentenwohnheim bis zum nächsten WS, die innerhalb von 10 Tagen bei uns eingegangen sein muß. Sollten wir diese Zusage nicht erhalten, wird man wohl wieder eine „Besetzung“ durchführen müssen, dann aber ohne vorherige offizielle Ankündigung (spitz mal ein bißchen die Ohren in der Mensa!). An der Durchführung eines teach-in wird man uns beim nächsten Mal auch nicht mehr hindern (u. U. kann man das ja auch ins Ministerium nach Düsseldorf verlegen).

Was wir auch wiederholt betont haben, war, daß die Aktion StHBA nur der Anfang einer größer angelegten Wohnkampagne sein sollte, d. h. es werden in der nächsten Zeit noch weitere Aktionen durchgeführt werden, die z. Z. vom ASIA und der PG Wohnen vorbereitet werden, die sich inzwischen (auch ein Erfolg unserer Aktion?) stark vermehrt hat und kräftig arbeitet. Interessenten für diese Projektgruppe wenden sich bitte an das Sozialreferat des ASIA (Baracke 1 Zimmer 14) oder kommen am besten gleich zum ständigen Termin der PG Wohnen: donnerstags, 15 Uhr, im Raum hinter der Bierklause (Mensa).

Beim Kapazitätsausschuß des UP ist eine studentische Hilfskraftstelle zum 1. 1. 1972 zu besetzen. Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an: UP — Geschäftsstelle — Gebäude IC 02/151, Telefon: 71—2694, Vorstand des UP.

(8-Punkte-Programm für die Zusammenarbeit von SHB und SPD, vorgelegt von der Spartakusfraktion.)

Daneben tauchten — die von Spartakusseite sattsam bekannten — Beschimpfungen wie „Antikomunisten“, „Gewerkschaftsfeinde“ etc. auf: der Boden einer solidari-schen Diskussion unter Sozialisten war verlassen.

Aufgrund dieser Vorkommnisse beschloß die sozialistische Fraktion, sich im Gesamtverband nicht mehr zu engagieren, sondern statt dessen intensive Fraktionsarbeit zu treiben. Dabei verstehen wir uns als den Teil des SHB, der nicht auf einen eigenen strategischen Ansatz verzichtet wie die Spartakusfraktion, sondern in solidarischer Diskussion mit anderen Sozialisten Theorie und Praxis vorantreibt.

Die sozialistische Fraktion veranstaltet am 14./16. 1. 72 ein Seminar zur Hochschulstrategie in Göttingen. Diskussionsgrundlage sind die „Diskussionmaterialien I“, die für 2 DM am SHB-Büchertisch erhältlich sind. Alle interessierten Genossen sind zum Seminar selbstverständlich willkommen.

Elektronische Orgeln

Ein Klangreichtum den man erleben muß. Über 20 verschiedene Modelle am Lager.

Eigener Fachservice



BOCHUM · KORTUMSTRASSE 93

Differenzen im Verband

In der theoretischen Weiterentwicklung des SHB zeigte sich nun, daß zum einen die theoretischen Ansätze der Spartakusfraktion nicht mehr entwicklungsfähig waren, und zum anderen die sozialistische Fraktion aus ihrer Negativabgrenzung zur anderen Fraktion heraus einen eigenen strategischen Ansatz entwickelte. Ein speziell für die problematische Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution im wesentlichen von Karl-Heinz Roth geleitetes Seminar in Bochum, in der diese Theorie als Mittel zur Herrschaftssicherung in den nachkapitalistischen Staaten entlarvt wurde, hinterließ bei der Spartakusfraktion keine Ansätze zur kritischen Überprüfung der eigenen theoretischen Position.

Kindertagesstätte

Für die Kindertagesstätte an der Ruhr-Universität Bochum werden ab sofort oder vom 1. 1. 1972 dringend gesucht:

- Kindergärtner(innen)
- Kinderpfleger(innen)
- Praktikant(en) (innen)

Die Vergütung erfolgt nach BAT. Das Dienstverhältnis richtet sich nach den im öffentlichen Dienst geltenden Grundsätzen.

Bewerbungen richten Sie bitte an das Akademische Förderungs-werk an der Ruhr-Universität Bochum e. V., 463 Bochum, Lennerhofstraße 64, Tel.: 71 26 97.

In der Kindertagesstätte an der Ruhr-Universität Bochum sind in der Gruppe drei bis vier Jahre alten Kinder noch einige Halbtagsplätze frei. Näheres über die Aufnahme ist zu erfragen beim Akademischen Förderungs-werk, Baracke 4-5, Zimmer 4.

An alle, die unter uns Schwulen zu leiden haben

Wir waren optimistisch. Wir haben geglaubt, wenigstens mit Studenten ließe sich reden. (Sie sind in der privilegierten Situation, die ihnen das Begreifen ermöglichen könnte.) Wir haben zugegeben, daß unsere Chancen, zu Menschen zu werden, denen man die Hand geben kann, erheblich zunehmen, wenn jeder Hundertste von euch uns ein bißchen unterstützen würde. Wir haben nicht damit gerechnet, daß ihr bei irgendwas mitmacht. Wir haben bloß darum gewünscht, daß ihr uns etwas machen laßt an Orten, wo i h r sonst seid.

Zum Beispiel im Keller des von-Thadden-Studentenwohnheims. Einmal im Monat höchstens.

Beim erstenmal habt ihr uns drei Stunden vor Beginn unserer Fete an die Luft gesetzt. Der Autor dieser Zeilen hat selbst — Tränen in den Augen und die geballte Faust in der Tasche — versucht, euch rumzukriegen. Nichts. Ihr habt euch mit Formalismen herausgeredet. Der Hinweis auf unsere Fete in der BSZ: Ihr habt von einem Kuratorium gesprochen und mir anvertraut, in diesem Kuratorium säßen ja sogar Professoren höchstpersönlich und wenn die erfahren, daß in ihrem Heim...

Ihr habt mir ins Gesicht gesagt, daß, wenn unsere Fete stattfände, mit Repressalien gegen eins unserer Gruppenmitglieder (das inzwischen aus eurem Heim ausgezogen

ist) zu rechnen sei. Ihr wart nicht in der Lage und zu feige, zu garantieren, daß so etwas nicht passieren wird. Das Kuratorium kann sich glücklich schätzen, es hat in euch würdige Vertreter gefunden.

Wir haben das alles runtergeschluckt und nochmal angefragt (für einen zweiten Termin, nachdem wir beim erstenmal siebzig Leute umleiten mußten, um das schwule Unheil von euch abzuwenden). Schriftlich und mündlich. Demütig.

Da habt ihr gesagt, daß ihr den Keller (um den gings nämlich) just an dem Abend selber braucht, tut euch leid. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als festzustellen: Wir scheißen auf euch und euren Keller, ihr Feiglinge.

Euer Heimleiter SCHLIEP, wie ich gehört habe Theologiestudent,

STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der Ruhr-Universität.

jeweils 18.00 und 20.30 Uhr, HZO 20

Donnerstag, den 16. Dezember

ABENDFÜLLENDER ZEICHENFILM nach Lewis Carroll's Kinderbuch, USA 1951, Farbe. + Rainer Boldt: Ach, Viola, Berlin 1971. Bericht über eine andere Antiautorität.

VORSCHAU WS II Januar/Februar 1972 Serie (an den Donnerstagen): all talking! all singing! all dancing! MUSICAL COMEDIES — das klassische amerikanische Filmmusical. Busby Berkeley (Choreograph der 30er) „Goldiggers of 35“ Fred Astaire: „Swing Time“ und „Carefree“ Doren / Kelly: „Vorwiegend heiter“, mit Gene Kelly George Cukor: „Les Girls“ — „Rashomon des Filmmusicals“ Gene Kelly: „Hello, Dolly“, mit Barbara Streisand

Woche 7. bis 12. Februar: DER AMERIKANISCHE STUMMFILM — The Rise of the American Film. Western, Slapstick, Griffith-Filme, Krimis.

Forum, 19. Januar: Rosa v. Praunheim: NICHT DER HOMOSEXUELLE IST PERVERS, SONDERN DIE SITUATION, IN DER ER LEBT. Agit-Pop, der große Knüller der Berliner Festspiele. Referent: Martin Dannecker, Frankfurt (Mitarbeiter des Instituts für Sexualforschung, Hamburg). Veranstaltet in Zusammenarbeit mit der HAG an der RUB.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN



Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann** SÜDRING 20

SHB und SPD

Hauptaufgabe: Entwicklung von Klassenbewußtsein

Die organisatorische Trennung der sozialistischen Fraktion des SHB von der spartakistischen Mehrheitsfraktion dieses Verbands hat die Frage aufgeworfen, welche Stellung der SHB/Sozialistische Fraktion gegenüber der SPD und zur Aufgabe von Sozialisten in der SPD einnimmt. Der folgende Beitrag der Bochumer SHB-Gruppe nimmt kurz zu dieser Frage Stellung.

Als reformistische Partei hatte die SPD spätestens seit 1919 die Aufgabe, die Arbeiterklasse in das bestehende kapitalistische System zu integrieren. Nach 1945 proklamier-te die SPD zwar — zumindest verbal — noch sozialistische Zielsetzungen, doch als reformistische Arbeiterpartei ging sie nicht von der Arbeiterklasse als historischem Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen aus, sondern verließ sich auf die „Offenheit“ der Verfassung — d. h. die Möglichkeiten, durch parlamentarisch errungene Regierungsmacht ihre Ziele durchzusetzen.

Mit der Aufbauphase der kapitalistischen Wirtschaft in der BRD, mit weitgehender scheinbarer Befriedigung der Arbeiterschaft, mit dem Eindringen bürgerlicher Kreise in die SPD... entstand das Konzept der „Volkspartei“; die SPD hatte sich verändert zu der bürgerlichen Reformpartei des Godesberger Programms. Hierin hatte die die SPD die Möglichkeit aufgezeigt, Regierungsfunktionen zu übernehmen und den Kapitalismus im Sinne langfristiger Kapitalinteressen zu reformieren. Diese doppelte Funktion der SPD verstärkte sich ab 1966/67 durch den Eintritt in die große Koalition, nach dem sich die CDU/CSU als unfähig erwiesen hatte, eine der Krise angemessene Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Die notwendigste Aufgabe von Sozialisten im heute erst schwach entwickelten Stadium von Klassenauseinandersetzungen ist die Arbeit für die Entwicklung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse. Bei dieser Aufgabenstellung müssen folgende Faktoren berücksichtigt werden, die dazu beigetragen haben, die deutsche Arbeiterbewegung vorübergehend in großem Ausmaße zu schwächen: die Zer-schlagung der Arbeiterorganisa-tionen durch den Faschismus, das in der BRD gelungene Austauschen der Nazi-Ideologie durch den Antikomunismus, die Einflußlosigkeit der Arbeiterorganisationen in der BRD, Verbot der KPD und Integra-

tionpolitik der Gewerkschaften wie der SPD, schließlich und nicht zuletzt die relative Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse in der vergleichsweise krisenfrei verlaufenen Wachstumsphase des BRD-Kapitalismus. Die Mobilisierung der Arbeiterklasse in den jeweiligen Arbeits- und Lebensbereichen muß unter sozialistischer Perspektive von der ökonomischen Entwicklung des Monopolkapitalismus ausgehen. Die strukturelle und zyklische Krisenhaftigkeit des ökonomischen und politischen Systems legt selbst die Grundlage für die Veränderung des Arbeiterbewußtseins.

Große Teile der schon politisierten oder zumindest politisch interessierten Arbeiter sind der SPD zumindest passiv verbunden, wenn nicht gar positiv auf sie fixiert. Daher kommt es, daß bei dem augenblicklichen Bewußtseinsstand der Arbeiter eine Beeinflussung des Bewußtseins viel leichter über die SPD wie auch besonders über die Gewerkschaften möglich ist, als über die „kommunistischen“ Splitterorganisationen.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß auch von einer starken sozialistischen Gruppierung in der SPD aus die Bewußtseinsstrukturen der Arbeitenden beeinflußt werden müssen, wenn diese Aufgabe gelöst werden soll. Diese Politik bedeutet von vornherein noch keine opportunistische Anpassung

an die gegebenen Verhältnisse, sondern eine realistische Einschätzung der augenblicklichen Möglichkeiten, die es gilt aufzugreifen und weiterzuentwickeln.

Der SHB sieht allerdings, daß trotz sozialistischer Gruppierungen in der SPD die Mehrheit dieser Partei die Reformpolitik im Sinne eines „modernen Kapitalismus“ unterstützt; diese Politik im Kapitalinteresse führte zu Notstandsgesetzen, Heidelbergerverbot, Hochschulreformierungsgesetzen etc. und gibt damit der drohenden Rechtsentwicklung in der BRD einen festen Rückhalt. Das Eindringen von kleinbürgerlichen und Mittelschichten in die SPD sowie ihre objektive Funktion im BRD-Kapitalismus lassen eine andere Politik nicht zu.

Trotzdem darf in diesem Bereich die Arbeit von Sozialisten nicht aufhören; die Bewußtseinsbildung in der Basis der SPD kann zwar mittelfristig deren jetzige Politik nicht verhindern, sie kann aber eventuell Verschlechterungen für die materielle Lage der Arbeiterschaft und für die Arbeit von Sozialisten verhindern. Außerdem ist das Verbleiben der SPD in der Regierung zu unterstützen, um eine reaktionäre Regierung zu verhindern.

Der SHB sieht daher trotz aller Bedenken die — widersprüchlich erscheinende — Notwendigkeit ein, zwar gegen die SPD-Hochschulformierung zu kämpfen, auf der anderen Seite aber in der auf die SPD fixierten Arbeiterschaft die Entwicklung von Klassenbewußtsein zu unterstützen. Die sozialistische Intelligenz ist nicht der Heilbringer der Arbeiterklasse, sondern hat an der jeweiligen Praxis der Basis der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und SPD) anzusetzen, so reformistisch diese auch sein mag, um gemeinsam mit der zu mobilisierenden Arbeiterschaft sozialistische Strategie praktisch und theoretisch zu entwickeln.

Men like its flavor Women love its aroma



PIPE MIXTURE

Großpackung 250g 12,50 DM

Warum antworten Sie nicht, Herr Papalekas?

Haben Sie etwas zu verbergen?

Der solidarische Kampf der Studentenschaft der Abt. SoWi hat bewirkt, daß Papalekaszögling F. Landwehrmann („der seine Thesen schlicht und einfach vortrug“) nach Aufdeckung des Berufungsschwinds um den Methodenlehrstuhl sich fluchtartig auf den Soziologielehrstuhl II nach Mainz verzog, obwohl ihn ja die Papalekasclique mit allen Mitteln in Bochum halten wollte. Papalekas-Ziehkind Pankoke ist ebenfalls dem studentischen Druck gewichen und hat sich an die noch ruhige PH Essen verflüchtigt, wo er jetzt eine Professur für Soziologie innehat. Der letzte große Nachwuchspapalektiker W. Lipp, bekannt durch seine „Originalität des Absurden“, versucht sich in Aachen bei Papalekas-Freund Helle zu „rehabilitieren“. Eine große Stärke ist es für die Studentenschaft der Abt. VIII im Kampf gegen Papalekas, daß dieser seine Dissertation und Habilitation nicht auf den Tisch legen kann oder will. Es ist sehr merkwürdig, daß weder Dissertations- noch Habilitationsschrift von Papalekas in einem Hochschulschriftenverzeichnis aufgeführt sind. Selbst Nachforschungen in Innsbruck selbst, wo er bis 1958 tätig war, blieben erfolglos. Der FR-SoWi richtete deshalb diesen offenen Brief an Papalekas:

Sehr geehrter Herr Papalekas!
Um sich ein Bild von den wissenschaftlichen Leistungen der Lehrenden ihrer Abteilung zu machen, hat sich die Studentenschaft der Abteilung für Sozialwissenschaft um Ihre bisherigen Veröffentlichungen bemüht. Die Studentenschaft mußte jedoch leider feststellen, daß Sie in Ihrer langjährigen Lehrtätigkeit in Innsbruck und als Professor in Münster und Bochum außer einigen Aufsätzen keine selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten angefertigt und veröffentlicht haben. Leider ist auch weder Ihre Dissertation noch Habilitationsschrift (Innsbruck) zugänglich, ja es ist nicht einmal der Titel Ihrer Promotionschrift offiziell genau bekannt. Ihre Habilitationsschrift wird nur in einem Buch Ihres ehemaligen Assistenten E. Pankoke mit einer Zitiertabelle erwähnt. Die Studentenschaft hat ein berechtigtes Interesse daran, die wissenschaftlichen Arbeiten einzusehen und seine Wissenschaftlichkeit zu überprüfen.
Im Verzeichnis der Deutschen

Hochschulschriften sind keine Arbeiten von Ihnen aufgeführt, und auch in einschlägigen Bibliographien konnte weder ein Hinweis auf Dissertation noch auf Ihre Habilitationsschrift gefunden werden. Selbst über die Fernleihe ist es nicht gelungen, diese Arbeiten aus Innsbruck zu bekommen, ja sogar Nachforschungen in Innsbruck selbst blieben erfolglos. „Who is Who“ nennt bezüglich Ihrer Person nur Daten Ihrer Lehrtätigkeit. Ein Hinweis auf Dissertation und Habilitation oder sonstiger wissenschaftlicher Arbeiten fehlt.

Wir möchten Sie daher bitten, daß Sie uns Ihre Dissertation und Habilitationsschrift direkt zugänglich machen oder zumindest uns die bibliographischen Angaben dieser Schriften mit dem Ort der Aufbewahrung mitteilen, so daß es uns möglich ist, diese zu erhalten und einzusehen.

Wir erbitten eine verbindliche Antwort noch in dieser Woche
Fachschaftsrat Sozialwissenschaft
i. A. Rainer Matthes

Großes BSZ-Preisausschreiben Über 1000 Preise

Preisfrage:
Wer findet eine Dissertations- oder Habilitationsschrift von J. Chr. Papalekas?

Einsendungen (auch Fotokopien) bis zum 31. 12. 1971 zum AstA, Baracke 1, Zimmer 17, erbeten. Spätere Einsender erhalten Trostpreise. Gehen mehr als eine wissenschaftliche Arbeit ein, entscheidet das Los. Rechtsweg ausgeschlossen.

- Preise:**
- Preis: 3 Wochen Vollpension auf der KZ-Insel Jaros in der Ägäis. Einzelzelle mit schönem Gitterblick aufs Meer.
 - Preis: Soziologie-Lehrstuhl in Athen.
 - Preis: Strafanzeige wegen Beleidigung (denn mehr als eine Dissertations- und eine Habilitationsschrift hat Herr J. Chr. Papalekas sicher nicht)
 - 1001.
- Preis: je ein Exemplar der Gesamtausgabe der Papalekas-Werke in Goldleinen.

Verantwortlich für das Preisausschreiben: Pat Takos

RUB-Adventsquiz

Fortsetzung von Seite 1

Quiz Nr. 3:

Von Juni 1970 bis Dez. 1971 wird Herr Pasierbsky für seine Arbeit an dem von ihm geleiteten Projekt „Begriffslexikon des Maoismus“ aus folgenden Quellen finanziert:
Juni-Dez. 1970: Finanzierung aus Restmitteln der Ford-Stiftung.
Jan.-Mai 1971: letztmalige Überweisung eines Ford-Betrages.
Juni 1971: „Einmalige Überbrückung“ durch das Wissenschaftsministerium.
Juli-Sept. 1971: Endgültig letzte Überbrückung aus Düsseldorf.
Okt.-Dez. 1971: Überbrückungshilfe des Instituts für Entwicklungsforschung.
Am 27. 7. 1970 beschließt der Abteilungsrat, die Weiterfinanzierung des Forschungsprojekts bei der VW-Stiftung zu beantragen. Am 30. 7. 70 geht ein entsprechender Antrag an die VW-Stiftung ab, der eine umfassende wissenschaftliche

Konzeption des Forschungsvorhabens enthält. Am 18. 9. 70 schickt Prof. Lewin an die VW-Stiftung eine „gutaachtliche Stellungnahme“ mit dem Wortlaut:

„Der finanziellen Förderung des projektierten Begriffslexikons im Sinne des Antrags ist grundsätzlich zuzustimmen, da ein weiter Kreis von Wissenschaftlern und Politikern davon profitieren könnte. Im Hinblick auf die Neuartigkeit des Unternehmens und der Konzeption würde ich allerdings empfehlen, eine Bewilligung von einem Bericht über den derzeitigen Stand der Arbeit und über die Verfahrensweise sowie von dessen Überprüfung durch einen lexikologischen Fachmann abhängig zu machen. Zudem sollte sichergestellt werden, daß tatsächlich mit voller Kraft an der Fertigstellung eines solchen Lexikons gearbeitet wird. Immerhin hat der als Hauptarbeiter vorgesehene Dr. Fritz Pasierbsky für das WS 70/71 einen besoldeten Lehrauftrag an der RUB beantragt und wird unter anderem einen Teil seiner Arbeitskraft Lehraufgaben widmen. Zur Sicherung der Effektivität des Vorhabens scheint mir eine vorangehende Klärung der genannten Punkte geboten.“

Am 19. 10. 70 schreibt Prof. Lewin als Prodekan den vom Abteilungsrat an die VW-Stiftung gebilligten Brief, in dem er seinem eigenen Gutachten widerspricht. Er schreibt u. a.:

„Herr Dr. Pasierbsky wird seine Kenntnisse auf dem Gebiet der chinesischen Sprachwissenschaft in diesem Semester durch die Übernahme eines entsprechenden Lehrauftrages auch für die AOW nutzbar machen. Das Thema seines Seminars: „Einführung in die chinesische Sprachwissenschaft; Prinzipien und Methoden der grammatischen Analyse, dargestellt an Textbeispielen aus den Ausgewählten Schriften Mao Tsetungs.“ Somit ist



PBL-Reorganisation

A. Ausgangssituation

Isolierte studentische Abteilungspolitik, häufig verbunden mit perspektivloser Mitbestimmungshandwerkerei, führte zu dem Gedanken, zentrale Probleme zu thematisieren und auf diese Weise die politische Arbeitsarbeit zu koordinieren. Ein Angelpunkt war das Problem der Lehrerausbildung, das

1. im Gesamtzusammenhang der Ausbildungsformierung die Bereiche Schule und Hochschule verklammert,
2. die abteilungspolitische Kleinarbeit in vielen Abteilungen mittelbar oder unmittelbar bestimmt, ohne daß dieser Umstand allen Fachschaften in seiner vollen Reichweite bewußt gewesen wäre,
3. die Möglichkeit berufsperspektivischer Arbeit für Lehrerstudenten eröffnete.

Das organisatorische Ergebnis dieser Überlegungen war die Gründung des Projektbereichs Lehrerausbildung als Koordinationsplattform auf Uni-Ebene, die einen Teil der Initiatoren geeignet zu sein schien, ein unabhängiges Kampfinstrument der Lehrerstudenten und zu mobilisierender Verbündeter aus dem Ausbildungsbereich (Lehrer, Schüler) direkt gegen die Kultusbürokratie als dem fixierten Gegner zu bilden.

Diese Strategie wurde anfangs folgendermaßen taktisch umgesetzt: **Bewußtmachung der Problematik durch möglichst gründliche Information** (Ergebnis Info 1); als relativ rasches Ergebnis dieser Aufklärungskampagne wurde eine **Mobilisierung erwartet, die zu konkreten Aktionen hätte führen sollen**. Als strategisches Fernziel wurde ein Eindringen in die GEW und deren Umwandlung in einen antikapitalistischen Kampfbund gegen die Ausbildungsformierung erwogen.

B. Bilanz der PBL-Arbeit nach knapp einem Jahr

Die zunächst taktisch begründete Notwendigkeit, über den Stand der Ausbildungsformierung und deren wirtschaftliche Hintergründe aufzuklären, führte in der Realisierung zu umfangreichen Recherchen und langwierigen internen Meinungsbildungsprozessen über Inhalt und Systemfunktion der Ausbildungsformierung. Infolge persönlichen Wissensvorsprungs eines Beteiligten konnte Info 1 zwar noch im Dezember 1970 herausgegeben werden, es zeigte sich jedoch recht bald, daß derartige Pauschalanalysen bei der Masse der Lehrerstudenten nicht zu spontaner Systemkritik führen, geschweige denn mobilisierend wirken konnten.

Diese Erfahrung machte einen Zwischenschritt erforderlich: Um die materielle Betroffenheit des einzelnen Studenten von den Maßnahmen der Bildungsplanung demonstrieren zu können, wurden ihre Auswirkungen für die einzelnen Lehramtsfächer im Info 2 analysiert, gleichzeitig wurde ein Organisationsmodell für den PBL entworfen, das die politische Vermittlung solcher Analysen in den einzelnen Abteilungen gewährleisten sollte; es wurden 6 fachgebundene Untergruppen (Germanistik, Fremdsprachen, Geschichte-SoWi, Geographie, Mathematik, Naturwissenschaften) geplant, die per Delegiertensystem mit der uni-zentralen, theoretisch-informativ tätigen Gruppe verbunden bleiben sollten.

Die Gründung einer starken Abteilungsgruppe Geschichte (allerdings ohne Verbindung zu den SoWis) sowie einer kleineren, inzwischen eingegangenen Fremdsprachengruppe gelang sehr rasch. In der Mitte des SS 71 organisierten sich auch die Geographen als relativ starke Gruppe und kurz vor Toresschluß die Germanisten in Form einer Initiativgruppe.

Diese Ergebnisse stehen freilich in keinem Verhältnis zur darin vorausgesetzten Organisationsarbeit, die sowohl den zuständigen AstA-Referenten als auch die wöchentlich tagende Zentralgruppe erheblich belastete, zu starker personeller Fluktuation führte und zugleich nur wenig Zeit für theoretische Weiterarbeit übrigließ.

Daraus kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß der Anspruch, Kampfgorgan mit Massenbasis sein zu wollen, sich im Rahmen des PBL als objektives Hindernis für theoretische Arbeit erweist. Die Entwicklung der anderen noch bestehenden Untergruppen ist zwar noch nicht abzusehen, muß aber vor diesem Hintergrund beurteilt werden. Die Entwicklung der Historikergruppe spiegelt ihrerseits das Dilemma des Gesamt-PBL's wider: Die zentrale Gruppe wird sich entweder an der Organisationsarbeit aufreiben und ihre theoretische Arbeit weiter vernachlässigen oder den Anspruch, Zentrum eines autonomen Kampfbundes sein zu wollen, aufgeben und sich auf theoretisch-ideologische Arbeit beschränken.

Daß letztere Alternative erfolgversprechend erscheint, beweist das PJ-Tutorenprogramm, das in den Sommersemesterferien 71 in Angriff genommen wurde. Frei von jedem Organisationsstress gelang es, eine feste Anzahl auch neuer Mitglieder durch theoretische Arbeit am Problem der politischen Ökonomie des Ausbildungssektors und der Klassenlage der pädagogischen Intelligenz zu binden und gewisse Fortschritte zu machen. Die Einsicht, daß solche Arbeit auch ohne unmittelbare Kampfperspektive notwendig sei, für eine langfristige Kampfperspektive dagegen sogar unerlässlich, wuchs im Laufe des SS 71 und fand seinen ersten sichtbaren Ausdruck im Info 3.



durch die enge methodische und thematische Verbindung von Forschungsprojekt und Lehrauftrag gewährleistet, daß nicht nur keine Beeinträchtigung der Tätigkeit am Begriffslexikon zu befürchten ist, sondern darüber hinaus in der Seminarpraxis die Kategorien der Begriffsbildung überprüft und verbessert werden können.“

Bis heute hat sich die VW-Stiftung geweigert, dem Antrag zuzustimmen oder ihn abzulehnen, so daß dieses in seiner Thematik und Methodik fortschrittliche Forschungsprojekt boykottiert wird.

- Fragen:**
1. Welche Attribute würden Sie derartigen Gutachten von Professoren zuschreiben?
... fachlich qualifiziert
... fachlich weniger qualifiziert
... fachlich überhaupt nicht qualifiziert
... Käse
... diese Gutachten sind Schlechtachten
 2. Welche Rolle spielt nach Ihrer Meinung die politische Thematik des Forschungsprojekts (Begriffslexikon des Maoismus) bei der verzögerlichen Behandlung der Drittmittelfinanzierung?
... überhaupt keine
... eine gewisse
... die ausschlaggebende

Warum wollen gewisse Hochschullehrer ein derartiges Forschungsprojekt verhindern (mehrere Antworten sind zulässig)?

- ... weil sie ein solches Projekt für undurchführbar halten?
- ... weil sie sich vor „Maoismus“ fürchten?
- ... weil sie die positiven politischen Funktionen einer solchen Forschungsarbeit fürchten?
- ... weil sie verhindern wollen, daß Assistenten selbständig (unabhängig von Ordinarien) forschen?

Die Auflösung der Quizfragen sowie weitere interessante Informationen zu dem Fall Pasierbsky werden gegeben im Teach-in am Do., 16. 12. 71, um 14.30 Uhr in HZO 20.

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

C. Veränderungen der politischen Organisationsstrukturen an der RUB seit Gründung des PBL

Seit Gründung des PBL im November 1970 hat sich die Organisationsstruktur politischer Arbeit an der RUB erheblich gewandelt. Die politischen Hochschulgruppen haben den spezifischen Wert der koordinierten Abteilungsarbeit erkannt und sind dabei, sich in Form von Zellen in den Abteilungen zu verankern (Spartakus, KSB). Die im SS 71 gegründete SAG erhebt die Abteilungsgruppenstruktur sogar zu ihrem konstitutiven Organisationselement und erwägt derzeit die Übernahme des leicht modifizierten PBL-Organisationsmodells für die eigene Organisation. Andererseits ist seit dem Rücktritt

Saß' als HS-Gruppenvorsitzender am 17. 5. 71 die GEW-HS-Gruppe in rapidem Wachstum begriffen (Mitgliederstand Mai: ca. 50; September 174, davon ca. 120 Studenten). Aus dieser Entwicklung kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß der ursprüngliche berechtigte Anspruch des PBL, Koordinator und Organisator eines großen Sektors der Fachschaftsarbeit mit vorkommenschaftlicher Orientierung sein zu wollen, überlebt ist, insofern allgemein-politische Aufklärung sowie daraus resultierende Organisationsarbeit (Abteilungsgruppen) in diesem Anspruch mitenthalten war.

D. Fazit: Organisatorische „Flurbereinigung“

- Diese Überlegungen lassen eine Reorganisation des Projektbereichs geraten erscheinen:
1. Die uni-zentrale Gruppe des PBL bleibt bestehen mit dem Auftrag, theoretisch-ideologische Arbeit im Problemfeld der politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, insbesondere bezüglich der Klassenlage der pädagogischen Intelligenz zu leisten und auf dieser Basis politische Strategien zu entwickeln. In dieser Eigenschaft veröffentlicht sie weiterhin Infos zwecks ideologischer Beeinflussung der Lehrerstudenten, ebenso wird der jeweils aktuelle Stand der Bildungsplanung analysiert und publiziert.
 2. Eine weitere Aufgabe der zentralen Gruppe bleibt die verantwortliche Planung von Tutorien im Rahmen des pädagogischen Begleitfachstudiums in Zusammenhang mit dem jeweiligen Stand der theoretischen Diskussion sowie Kontrolle und Koordination. Ziel: Aufklärung und ideologische Beeinflussung der teilnehmenden Lehrerstudenten sowie Rekrutierung.
 3. Die zentrale Gruppe hält weiterhin Kontakt mit anderen Projektbereichen und einschlägigen Institutionen oberhalb und außerhalb der RUB und schickt Vertreter zu überregionalen Tagungen.
 4. Der PBL rückt von seinem bisherigen Organisationsmodell ab: Die Zusammensetzung der zentralen Gruppe als Delegiertenkörper der Abteilungsgruppen plus ständiger Mitarbeiter entfällt. Jeder kann mitarbeiten.

5. Die Zusammenarbeit der mit der Lehrerausbildung befaßten Abteilungsgruppen erfolgt durch informelle Absprache und Gedankenaustausch innerhalb und außerhalb der zentralen Gruppe. Die allgemeine Orientierung ergibt sich aus der Informationspolitik der zentralen Gruppe.
6. Längerfristig ist mit dem Einwickeln politischer Hochschulgruppen in die Abteilungsgruppen bzw. ihrer Fraktionierung zu rechnen. Dieser Entwicklung wird nicht entgegengetreten. Vielmehr eröffnet sie die Möglichkeit zu ideologischer Auseinandersetzung auch auf Abteilungsebene. Bezüglich der Lehrerausbildung ist eine projektgebundene Aktionsgemeinschaft der beteiligten Hochschulgruppen in Form von offener Zusammenarbeit auch mit unabhängigen Studenten zu empfehlen, deren Politisierung auf diese Weise beschleunigt werden kann.
7. Der PBL (nunmehr mit den zentralen Gruppen identisch) empfiehlt seinen Mitgliedern, der GEW-Hochschulgruppe beizutreten zwecks Ausnutzung der dort vorhandenen Agitations- und Kontaktmöglichkeiten.
8. Dies bedeutet, daß der PBL seine Funktion als publizistisch aktives theoretisch-ideologisches Organ beibehält und ausbaut, andererseits den Anspruch, Kampfinstrument gegen die Ausbildungsformierung mit Breitenorganisationscharakter zu sein, aufgibt und derartige Funktionen den politischen Hochschulgruppen überläßt.



Wenn ihr schlaft, ist's um Pasierbsky geschehn.

Zwei Standpunkte zu dem indisch-pakistanischen Konflikt

Der Konflikt zwischen Ost- und Westpakistan und der Kriegsausbruch zwischen Pakistan und Indien lassen sich erklären aus einer Betrachtung der ökonomischen und historischen Entwicklung beider Staaten.

Historischer Hintergrund

Beziehung Ost- u. Westpakistan

Die Engländer ließen am Ende ihrer Kolonialzeit (1947) folgende Situation in Pakistan zurück: Die Schuldenlast Ostpakistans (1416 Mio. Rupien) war wesentlich höher als die Westpakistans (44,7 Mio. Rupien). Westpakistan erklärte sich nicht bereit, die Schuldenlast gemeinsam zu tragen.

Seit der Staatsgründung kamen alle Deviseneinnahmen Ostpakistans, das im Gegensatz zum Westen Exportüberschüsse erzielte (aus der Juteproduktion), Westpakistan zugute.

Diese kolonialistische Ausbeutung zeigt sich auch in der unterschiedlichen industriellen Entwicklung beider Landesteile.

Nur 37 Prozent der pakistanischen Investitionen gingen in den Osten, während 63 Prozent im Westen investiert wurden. Als Folge dieser Politik ergibt sich ein Unterschied im Pro-Kopf-Einkommen (Ostp. 98 R. — Westp. 178 R.) und in den Preisen für die wichtigsten Lebensmittel, die im Osten gut doppelt so teuer sind (Reis: Ostp. 45 R. — Westp. 20 R.).

Die Auflösung dieses ökonomischen Widerspruchs bahnte sich tendenziell bereits sehr früh an. 1954 siegte bei den Provinzialwahlen die „Vereinigte Front“, Zusammenschluß der progressiven Parteien, mit der Forderung nach regionaler Autonomie.

(Die Vereinigte Front gewann 290 von 300 Sitzen). Die Reaktion der westpakistanischen Zentralregierung bestand darin, den gewählten ostpakistanischen Ministerpräsidenten zu stürzen, mit der Anschuldigung, er sei indischer Agent. Dennoch ging der Befreiungskampf des ost- und auch des westpakistanischen Volkes weiter. Daraufhin wurde 1958 die Verfassung außer Kraft gesetzt. Im gleichen Jahr ergriff Ayub Khan durch einen Militärputsch die Macht. 1968 schließlich führten die Kämpfe des paki-

stanischen Volkes zum Sturz Ayub Khans.

Seine Nachfolge trat der Oberkommandierende der Armee, Yahya Khan, an, der für Oktober 1970 freie Wahlen ankündigte.

Die Awami-Liga führte ihren Wahlkampf auf der Grundlage ihres bereits 1966 erstellten 6-Punkte-Programms, welches im wesentlichen die Forderungen nach einer föderalistischen Verfassung und wirtschaftlicher Autonomie des Ostens enthielt, und einer Reihe anderer Forderungen wie Eliminierung der Monopole, Zerschlagung des feudalen Großgrundbesitzes, Nationalisierung des Jutehandels, sofortiger Austritt aus SEATO und CENTO, u. a.

Nach dem Wahlsieg der Awami-Liga weigerte sich Yahya Khan die Nationalversammlung einzuberufen. Ein daraufhin von der Awami-Liga ausgerufenen Generalstreik wird von der Armee niedergeschlagen. Nach einer Reihe von ergebnislosen Verhandlungen werden die Forderungen Scheich Mujibur Rahmans nach einer Regionalregierung abgelehnt.

Am Abend des 25. März bricht daraufhin schließlich der offene Krieg zwischen den beiden Landesteilen aus.

Am 17. April wird schließlich die Volksrepublik „Bangla Desh“ ausgerufen. Aus diesen Fakten wird ersichtlich, daß das Volk von Bangla Desh und seine politische Organisation, die Awami-Liga, nie eine secessionistische Politik betrieben haben.

Sie haben erst die Sezession gefordert, nachdem die Militärjunta gewaltsam gegen ihre Forderungen vorgegangen ist.

Beziehung Pakistan — Indien

Die Ausweitung zum Krieg, wie er in der jetzigen Form geführt wird, wird erst dann deutlich, wenn man das Verhältnis Indien — Pakistan in Betracht zieht.

Die Strategie der britischen Kolonialherrschaft ging dahin, von

den Kolonien so weit als möglich zu profitieren. Darum nutzte sie den bestehenden Konflikt zwischen Hindus und Moslems aus und verschärfte ihn sogar, was letztlich zur Aufteilung in zwei nach Religionszugehörigkeit getrennte Staaten führte. Die Moslems wurden in dem Staat Pakistan zusammengefaßt, woraus sich die absurde Trennung des Staates in zwei 2000 km voneinander entfernte Teilstaaten erklart.

Der religiöse Konflikt führte zu ständigen Spannungen zwischen Indien und Pakistan. Durch den Kaschmirkonflikt (1949/55) entstanden aus machtpolitischen Bestrebungen beider Staaten, wurden diese Spannungen weiter vertieft.

Als Folge davon erhöhte Indien sein Militärbudget um 50 Prozent und begann eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen. Pakistan reagierte postwendend und stockte seine Rüstungsausgaben sogar auf 50 Prozent des Gesamthaushalts auf.

Indien plant einen riesigen Staudamm bei Faraha am Ganges, der Ostpakistan das Wasser abgraben würde. Pakistan will bei Tarbela den für die Inder heiligen Fluß Ganges stauen. Durch beiderseitige Schikanen ist der Grenzverkehr zwischen Indien und Pakistan fast vollständig zum Erliegen gekommen.

Indien sperrte am 4. 2. 71 seinen Luftraum für pakistanische Flugzeuge. Nach dem Freundschaftsvertrag zwischen Indien und der Sowjetunion fühlt Indien sich stark genug eine aggressive Politik zu treiben und beginnt die ostpakistanischen Guerillas militärisch zu unterstützen.

Der Augen Wille:



die Heinen-Brille

Bochum, Kortümstraße 45 u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

terstützen. Anfang Dezember gibt Indien offiziell das Eingreifen seiner Einheiten zu, marschiert in Ostbengalen ein und fordert von Pakistan seine Truppen aus Ostpakistan abzuziehen.

Stellung der Großmächte zum Konflikt

Von den drei Großmächten verhielten sich die USA am „neutralsten“. Sie versuchten primär den militärischen Konflikt zu vermeiden, da dadurch ihre Wirtschaftsinteressen, die sie in beiden Staaten haben, gefährdet würden (weitgehende Ersetzung des britischen Kapitals durch amerikanisches). Der begrenzte Einfluß der USA im Krisengebiet resultiert aus der engen Bindung Pakistans an China und Indiens an die SU.

Für die SU bringt ein militärischer Konflikt nur Vorteile. Die voraussichtliche Niederlage Pakistans schwächt einerseits den Bündnispartner Chinas, bekräftigt andererseits das sowjetisch-indische Bündnis, das integraler Bestandteil der antichinesischen Einkreisungspolitik ist.

In der Rolle Chinas zum Konflikt in Bangla Desh manifestiert sich wieder die neue Richtung der chinesischen Außenpolitik.

Die alte chinesische Außenpolitik hob sich deutlich von der stalinischen ab. Deren Ziele waren es, primär sowjetische Machtinteressen zu vertreten und die nationale Wirtschaft ungestört aufzubauen, wobei ausländische KPs zu Instrumenten der sowjetischen Politik degradiert wurden. China dagegen unterstützte konsequent revolutionäre Bewegungen anderer Länder, ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit.

Seit einiger Zeit häufen sich dagegen Fälle, in denen China opportunistisch seine machtpolitischen Interessen sicherte, wie die Diffamierung ceylonesischer Guerillas als Konterrevolutionäre, Arrangements mit Haile Selassie, dem Schah, Ceausescu (Rumänien) habe den Sozialismus aufgebaut) oder die Begrüßung des EWG-Beitritts von England. Das Gleiche zeigte sich in Pakistan, wo es seit den Ereignissen, die zum Sturz Ayub Khans führten, auf Seiten der westpakistanischen Machthabern steht.

Wir suchen den, der uns sucht!

Es geht um Ihre Semesterferien Frühjahr 1972. Wir bieten überdurchschnittliche Bezahlung für qualifizierte Mitarbeiter. Gesucht werden Mitarbeiter, die über umfassende Kenntnisse im Steuerrecht — insbesondere Lohn- und Einkommensteuer — verfügen. Angenehme Räumlichkeiten stehen Ihnen ebenso zur Verfügung wie ein modern ausgestattetes Büro im Zentrum Bochums (2 Min. vom Hbf).

Wenden Sie sich an: Freunde des Vereins für Lohnsteuerhilfe e. V. 463 Bochum, Massenbergstraße 1 / Eingang Bleichstraße gegenüber Kaufhaus Baltz — Telefon 1 46 13

Warum greift Indien Pakistan an?

Die schwierige Lage der Klassenkämpfe in Indien und Ostpakistan und das Verhältnis der VR China zum indisch-pakistanischen Konflikt hat einige Verwirrung gestiftet. Der KSB / Marxisten-Leninisten bemüht sich in der folgenden Einschätzung, zur Entwirrung und Klärung des Problems beizutragen. Der KSB / Marxisten-Leninisten wäre dankbar, wenn möglichst viele von Euch sich mit ihren noch offenen Fragen und Kritiken an uns wenden.

Am letzten Wochenende griff die indische Regierung nach langen Provokationen schließlich offen Pakistan an, was selbst die bürgerlichen westlichen Zeitungen zugab. Indiens Verbündeter, die Sowjetunion, die durch ihre großzügigen Waffenlieferungen in den letzten Wochen und durch das kürzlich abgeschlossene Abkommen mit Indien den Angriff erst ermöglichte.

Darüber hinaus müssen wir Lehrinhalte entwickeln, die es schon Schülern ermöglichen, den Zusammenhang zwischen naturwissenschaftlichen Problemen und Erkenntnissen und gesellschaftlicher Realität zu durchschauen. Schon in der Schule muß die Illusion durchbrochen werden, daß in den Naturwissenschaften objektive Wahrheiten gelehrt werden, die mit gesellschaftlichen Zusammenhängen nichts zu tun haben.

Der Projektbereich „NIMM“ trifft sich donnerstags, 18 Uhr, in ICFW 03/208.

die wirtschaftliche Entwicklung und leben dabei in Saus und Braus (Economic and Political Weekly, 27. 5. 67), während selbst nach Regierungs-Untersuchungen 70 Prozent der Bevölkerung unter dem Existenzminimum leben. (Reserve Bank of India Bulletin, Jan. 70.)

Obwohl die objektiven Voraussetzungen für eine revolutionäre Bewegung schon lange erfüllt sind, ist es bisher noch nicht zu entscheidenden Kämpfen der unterdrückten Massen gekommen. Der wichtigste Grund dafür liegt im Verrat der revisionistischen Führer der indischen kommunistischen Partei, die den Massen immer wieder mit den Illusionen des „friedlichen Übergangs“ und des rein parlamentarischen Kampfes kamen und sich andererseits eng mit den Ausbeutern verbündeten.

1967 aber kam es unter der Führung wirklicher Kommunisten in dem Dorf Naxalbar in Westbengalen zu einem Aufstand der armen und landlosen Bauern gegen Großgrundbesitz, Wuchertum und Polizei-Terror. Die revolutionäre Bewegung breitete sich sehr schnell aus, so daß schon 1969 Kämpfe der „Naxaliten“, wie die Revolutionäre jetzt genannt wurden, aus Westbengalen, Andhra Pradesh, Orissa, Bihar und anderen Staaten gemeldet wurden.

Die indische Regierung versuchte von Anfang an, mit faschistischem Terror die Klassenkämpfe zu unterdrücken. In Westbengalen, dem Grenzgebiet zu Ostpakistan, sind die Kämpfe am weitesten entwickelt, und damit auch der Terror der „demokratischen“ herrschenden Klasse.

STOP RENAULT BETREUEN LASSEN!

ENTHUSIASTEN!!! **WO?**

IHR FAHRZEUG! KAUFEN! WO?

Bei uns!

BERATEN LASSEN! WO?

Freudenbergstraße 27-31

Universitätsstraße 35

Witzel Bochum

Telefon 5 26 51 / 52

KRAFTFAHRZEUGE



Die Entwicklung des Befreiungskampfes in Ostpakistan bedeutet eine weitere Bedrohung der indischen Reaktionäre. Die herrschenden 22 Familien Westpakistans, die rd. 70 Prozent des Industrie- und Bankkapitals kontrollieren, haben Ostpakistan wie eine Kolonie ausgebeutet. Die Devisen aus dem Verkauf der ostbengalischen Jute, rd. 70 Prozent der Einkünfte Pakistans, werden zu 80 Prozent in Westpakistans Industrie investiert, die dann wiederum ihre schlechten und teuren Waren nach Ostpakistan exportierte (vgl. New Left Review 68/71, S. 3 ff.).

Die ostbengalische Bourgeoisie konnte unter diesen Umständen nicht genug von dem Kuchen bekommen und versuchte deshalb durch ihre Partei, die Awami-Liga, einen bengalischen Chauvinismus hochzuspielen, um so die Befreiungsbewegung der unterdrückten Massen für ihre Zwecke zu mißbrauchen (vgl. New Left Review, 68/71). Dabei ließ sie keinen Zweifel daran, daß ihr Hauptfeind die Kommunisten und nicht die westpakistanischen Ausbeuter waren, so finanzierte die „22 Familien“ der Awami-Liga den Wahlkampf (Le Monde, 18. 11. 71).

Nach dem Einmarsch der westpakistanischen Besatzer-Truppen flohen die Führer der Awami-Liga nach Indien und überließen die ostbengalischen Massen führungslos dem Terror der Armee.

Die Marxisten-Leninisten aber, die schon seit rund einem Jahr die Bauern und Landarbeiter gegen ihre Unterdrücker organisieren, nahmen sofort den Kampf gegen die westpakistanischen Besatzer auf. Nach Presse-Berichten verfügten sie im November mindestens über zwei befreite Gebiete (NZZ 12. 11. 71, FR 23. 11. 71). Ein Erstarren des revolutionären Kampfes in Ostbengalen ist natürlich eine große Ermütigung für das Volk Westbengalens und ganz Indiens, ihren eigenen Kampf zu verstärken.

Das Hauptinteresse der indischen Bourgeoisie gilt also der Zerschlagung der revolutionären Bewegung auf dem Subkontinent. Für die Revolutionäre aber war die „Waffenstillstandssituation“ von März bis Dezember relativ günstig. Die indischen und die pakistanischen Reaktionäre bekämpften sich gegenseitig und mußten große Teile ihrer Truppen an der Grenze einsetzen. Sie konnten deshalb nicht mit voller Kraft gegen ihren Hauptfeind, die Marxisten-Leninisten, vorgehen.

Bisher versuchten die Inder, einen Zwei-Fronten-Krieg zu führen. Sofort nach dem Bürgerkrieg in Ostpakistan im März d. J. wurde das östliche Grenzgebiet zu Ostpakistan für alle Beobachter gesperrt. In diesem Gebiet sind die Marxisten-Leninisten besonders aktiv, hier liegen auch ihre befreiten Gebiete. Tausende von ostbengalischen Patrioten werden von Indien in Konzentrationslagern gehalten. (Le Monde 18. 11. 71) Zur Bekämpfung der Naxaliten in Ostpakistan selbst ist die Söldner-Armee der „Mukti-Bahini“ aufgebaut worden, von indischen Militärs ausgebildet und mit Waffen versorgt.

In den letzten Wochen ist der Einfluß der revolutionären Kräfte in Ostpakistan ständig gestiegen, selbst auf die Mukti-Bahini greift er über, so daß die indische Reaktion jetzt die „Endlösung der Pakistan-Frage“ durch einen „totalen Krieg“ (Indira Gandhi) herbeiführen muß, um ihre gesamten Kräfte gegen die revolutionäre Bewegung einsetzen zu können.

Was aber treibt die Sowjetunion dazu, durch uneingeschränkte Unterstützung politischer und militärischer Art Indiens konterrevolutionäre Aggressionspolitik erst zu ermöglichen? Le Monde schrieb am 26. 9. 71: „Moskau und Neu-Delhi wollen die Entwicklung eines Befreiungskrieges in Ostbengalen verhindern.“ Die sowjetischen Revisionisten wissen genau, daß ein revolutionärer Kampf nur zur Stärkung des sozialistischen, nicht aber des revisionistischen Lagers führt. 1970 charakterisierte ein indischer Ökonom die sowjetische Wirtschaftshilfe und Militärhilfe: „durch ihre Hilfe an Indien stärkt die Sowjetunion die Position der herrschenden Klasse Indiens sogar auf Kosten der sich herausbildenden revolutionären Kräfte innerhalb des Landes. Es ist überflüssig, zu sagen, daß diese Politik perfekt in die Globalstrategie zur Isolierung Chinas paßt.“ (P. Chattopadhyay, in: Monthly Review, März 70.)

Nun meinen viele, daß zwar die Sowjetunion hier auf dem Rücken der Völker Indiens und Pakistans

ihre chauvinistische Politik verfolgt, die VR China aber mit ihrer Unterstützung Pakistans Machtpolitik betreibe und das pakistanische Volk verrate. Nun kann und darf es aber nicht die Aufgabe der VR China sein, den revolutionären Kampf für das pakistanische und indische Volk zu führen.

Durch die Diplomatie, die Regelung der Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung, muß ein sozialistischer Staat günstige Bedingungen für die Revolutionäre schaffen. Aus der Analyse der Klassenkämpfe auf dem Subkontinent ergibt sich, daß eine Sezession Ostpakistans unter der Awami-Liga die Reaktionäre kurzfristig stärken würde, aber eine Verschlechterung der Lage der Revolutionäre bedeutet.

Deshalb hat die VR China im März sofort für den Fall eines Angriffs durch Indien für Pakistan Stellung genommen und damit einen Einmarsch Indiens zunächst verhindert.



Terror von beiden Seiten

Seither aber hat die VR China, trotz ständigen Drängens Pakistans, keine neuen Verträge über Waffenlieferungen abgeschlossen, denn die chinesischen Kommunisten wissen genau, daß diese Waffen jetzt eher gegen das Volk als gegen die indische Armee gerichtet werden. Statt dessen bemüht sich China um eine politische Regelung für den zwischenstaatlichen Konflikt. Die zweite Aufgabe der Diplomatie ist die Verhinderung eines Angriffs auf den sozialistischen Staat.

Aus diesem Grund hat die VR die Bestrebungen Pakistans, sich dem Einfluß der USA zu entziehen, gefördert. Die Regierung der VR China hat aber immer wieder betont, daß sie Pakistan nur gegen eine Bedrohung von außen unterstützt, daß sie die fortschrittlichen Züge der Außenpolitik Pakistans befürwortet.

Die VR China geht solange von der staatlichen Einheit West- und Ostpakistans aus, bis die Völker Indiens und Pakistans selbst ihre Ausbeuter und Unterdrücker verjagt haben.

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Busfahrkarten aller Art

B S Z

Herausgeber und Verlag: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard G. soven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sanger (SAG), Eva Adameit (SHB).
Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Gabi Kirchner (SHB).
Anschriß: 463 Bochum, Lennerstraße 60. Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: s. Redaktion.
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennerstraße 60, Tel. 70 18 55 (SAG), 71 24 16.

Club Liberitas

BOCHUM — NORDRING 65 — TELEFON 1 67 35

Samstag, den 8. Januar 1972, 20.00 Uhr
RUHRLAND-HALLE BOCHUM

Hannes Wader

Eintrittspreis 5,— DM

Vorverkaufsstellen: Verkehrsverein Bochum-Hauptbahnhof, Kunst- und Bücherschnecke an der Uni.